

Niels Seibert

Vergessene Proteste

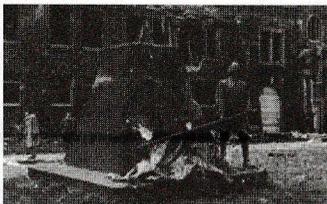
Internationalismus und Antirassismus

1964-1983



Demonstration gegen den Tschombé-Besuch am 18. Dezember 1964 in Westberlin

UNRAST



Während der letzten Bombardements der Alliierten im April 1945 fiel das Wissmann-Denkmal vom Sockel. 1949 wurde die restaurierte Wissmann-Figur im Garten der Universität wieder aufgestellt.

Am 8. August 1967 wurde – zunächst vergeblich – versucht, Wissmann erneut zu stürzen.



Geschichtspolitische Denkmalstürze

Die Wissmann-Statue (1967/68)

Hermann von Wissmann war ab 1881 im Auftrag der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, danach im Dienst des belgischen Königs Leopold II. durch Afrika gereist und lieferte notwendige Vorarbeiten zur Gründung der Kolonie Deutsch-Ostafrika und der belgischen Kolonie Kongo. Reichskanzler Otto von Bismarck ernannte ihn zum Reichskommissar, später zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Wissmann befehligte dort die erste »Schutztruppe«. Nach seinem Tod wurde 1909 für ihn ein bronzenes Denkmal in Daresalam (Deutsch-Ostafrika, heute Tansania) errichtet. 1918 demonstrieren es die Engländer und stellen es als Kriegstrophäe im Londoner Imperial War Museum auf. Nach dem Ersten Weltkrieg gelangte es auf Wunsch des Auswärtigen Amtes nach Deutschland, wo 1921 ein Komitee die Errichtung des Denkmals in Hamburg beschloss und es 1922 vor dem Hauptgebäude der Universität feierlich einweihte. Der Platz im Garten des von Wissmann 1908 mitgegründeten Deutschen Kolonialinstituts, aus dem die Universität 1919 hervorgegangen war, wurde bewusst gewählt. In der Weimarer Republik war es eine der wichtigsten Kultstätten des organisierten Kolonialrevisionismus. 1935 kam ein zweites Denkmal mit ähnlicher Vorgeschichte hinzu, das des Offiziers Hans Dominik, der als »Schreckensherrscher von Kamerun« verschrien war.¹²

Die Große Koalition, seit Dezember 1966 im Amt, und der »politische Mord« – so Dutschke und Krahl 1967 – am 2. Juni in Westberlin führten auch in Westdeutschland zur Radikalisierung einer stark wachsenden Studentenbewegung. Zwei Monate nach der Erschießung Benno Ohnesorgs sollte Wissmann zum ersten Mal seit den Bombardements der Alliierten 1945 wieder wackeln.

Die Aufklärungs- und Agitationsschrift *aspekte* des Hamburger SDS beschäftigte sich schon 1961 mit den beiden Statuen im Universitätsgarten, bzw. Wissmanns und Dominiks Rollen bei der Kolonisation Kameruns. Die Denkmäler seien insbesondere für die Kommilitonen aus den betroffenen Ländern

¹² In seine Amtszeit als Verwaltungschef für den Jaunde-Bezirk in Kamerun fiel 1909 der Aufstand der Makaa, den er brutal niederwarf. Kritik brachte ihm hier insbesondere die Praxis ein, gefangene Frauen als Beute an loyale Hilfsvölker zu »verschenken«. In Kribi wurde ihm zu Ehren nach seinem Tod 1910 das Denkmal errichtet, das später von französischen Kolonialtruppen abgetragen und dann nach Hamburg geschafft wurde.

eine Provokation. »Aber auch wir deutschen Studenten müssen uns dagegen wenden, dass unsere Universität noch länger Männer ehrt, die mit Methoden gegen Afrikaner gewütet haben, wie sie später von den Nazis gegen unsere Nachbarn und gegen unser eigenes Volk angewandt wurden. Ob es sich um Dörfer in Afrika oder um Oradour und Lidice handelt: Wir haben keinen Anlass, die Tradition deutscher Ausradierer im Universitätsgarten zu pflegen. [...] Um den beiden Kolonialisten doch noch die Rückkehr nach Afrika in zeitgemäßer Form zu ermöglichen, schlagen wir vor, ihren Materialwert der Aktion »Brot für die Welt« zu Verfügung zu stellen«. Der Akademische Senat stimmte mit dem SDS zwar überein, dass man den ausländischen Kommilitonen die beiden Denkmäler nicht zumuten könne, zog aber keine Konsequenzen.

Ab 1967 diskutierte der Hamburger SDS die koloniale Vergangenheit der Universität und erwog in diesem Zusammenhang den Sturz von Kolonialdenkmälern. Das Bismarck-Denkmal am Hafen und das Kriegerdenkmal am Dammtorbahnhof schienen aufgrund ihrer Größe und Bauart nicht geeignet. So konzentrierte man sich auf das des Schutztruppenkommandeurs Wissmann.

Für den 8. August 1967 schrieb der SDS »an die Bürger Hamburgs, Arbeiter und Studenten«: »Lasst tausend Wissmänner platzen! Am Dienstag, den 8. August 1967 um 17 Uhr, stürzt im Garten der Hamburger Universität [...] ein berühmt-berühmter Kolonialschlächter von seinem Sockel. [...] Wissmann besorgte um 1885 in den Gebieten südlich des Kilimandscharo ein Geschäft, das heute in Innerafrika von Kongo-Müller oder in Vietnam von General Westmoreland versehen wird. Der Kolonialismus benutzt heute wie damals dieselben Mittel. [...] Die Wissmänner sind noch immer unter uns, stürzen wir wenigstens ihre Denkmäler.«

100 Studenten, darunter Dirk Siefer und Peter Schütt¹³, nahmen an dem Happening teil. Außerdem kamen der Verfassungsschutz, politische und uniformierte Polizei mit Mannschaftswagen, Wasserwerfer und Gefangenentransporter. Schütt las zunächst antikoloniale und antimilitaristische Verse vor, Siefer sprach über Kolonialismus gestern und heute, erkletterte dann das

13 Schütt war von 1971 bis 1988 im Parteivorstand der DKP. 1981 veröffentlichte er anhand der rassistischen Erfahrungen, die seiner Schwarzen Frau und ihm widerfahren, ein Buch mit dem Untertitel »Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?« und gehörte damit zu den ersten, die die Verhältnisse in der BRD, die sonst als »Ausländerfeindlichkeit« debattiert wurden, als rassistisch beschrieb. 1988 wurde er aus dem DKP-Parteivorstand ausgeschlossen, distanzierte sich von seiner kommunistischen Vergangenheit, trat Anfang der 1990er zum Islam über und schrieb unter anderem für die *Junge Freiheit*, eine Zeitung der Neuen Rechten.

Denkmal, lockerte die Bodenschraube und legte dem bronzenen Wissmann eine Schlinge um den Hals. Zehn Student/innen zogen unter Jubel der Umstehenden an dem Seil, aber die Polizei verhinderte in letzter Minute Wissmanns Fall. Vier Studenten wurden von Zivilbeamten wegen versuchter Sachbeschädigung abgeführt bzw. weggetragen. Das Seil, der Schraubenschlüssel und ein Fläschchen Öl wurden beschlagnahmt. Der AStA erklärte sich solidarisch: »Grundsätzlich wird jede politische Aktion begrüßt, die dazu beiträgt, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verbessern oder auf Missstände hinzuweisen«.

Die Denkmaldemontage wurde weiter verfolgt, aber nicht mehr öffentlich angekündigt. Wissmann wurde wiederholt mit weißer und roter Farbe bemalt und in der Nacht zum 27. September 1967, nach dem Rücktritt des Berliner Oberbürgermeisters Heinrich Albertz, endlich erfolgreich gestürzt. Anlässlich der aktuellen Ereignisse lud das SDS-nahe Aktionskomitee »Die Köpfe rollen« zu einer Fete ein: »Ein Wissmann stürzt selten allein!! Wir feiern heute Abend im Amerika-Haus, 20 Uhr, am Vorabend des 18. Gründungsfestes der Volksrepublik China, den Sturz von Albertz und Wissmann, die Siege des Vietcong, die Kämpfe der Befreiungsbewegungen im Lateinamerika und die Sozialrevolution in Afrika. Dabei wird ein Komplott zu würdigen sein – das Komplott von Albertz und Wissmann: Stürzten doch beide Hand in Hand in einer Nacht. In Berlin opferte sich der Pastor Albertz den Fritz-Teufel-Festwochen. Berlin ist seitdem in Teufels Händen. In Hamburg flog der Wissmann auf sein imperialistisches Milchgesicht. Im Gegensatz zu Berlin ist aber Hamburg noch immer in [Bürgermeister Herbert] Weichmanns Händen. Ja, wir erfahren es täglich sinnlich-konkret: Die Köpfe rollen... [...] Lasst uns viele Feste feiern!!!!« Die Universität stellte Wissmann allerdings erstmal wieder auf.

Gegen die beim öffentlichen Denkmalsturz 1967 festgenommenen wurde für November 1968 ein Strafprozess angesetzt. Am Abend des 31. Oktober 1968 erklärte sich das Studentenparlament mit den Angeklagten solidarisch und forderte die Entfernung des Wissmann-Denkmal. Sofort ertönte ein Megaphon und ein Redner forderte die Anwesenden auf, den Beschluss einfach in die Tat umzusetzen. Alle sollen aufgesprungen und in den Universitätsgarten gelaufen sein, um Wissmann gemeinsam vom Sockel zu holen. Mit ihm fiel auch Hans Dominik. Neben dem liegenden Wissmann wurde ein Schild aufgestellt: »Parlamentarier solidarisch mit Wissmann-Angeklagten«. Zitat des Arbeitskreis Justiz des Republikanischen Clubs: »Wissmann fiel um! Die Schießbudenfiguren stehen nicht mehr! Die Wahrzeichen des Kolonialismus fielen heute Nacht vom Sockel. [...] Die SDS-Studenten, die am Mittwoch

den 6. Nov. sich wegen des Denkmal-Sturz-Versuchs vom 8. August 1967 [...] zu verantworten haben, danken ihren Kommilitonen für diese solidarische Aktion. Nur so kann die angelaufene politische Strafprozesswelle gegen uns Studenten adäquat gekontert werden. Die Justiz muss in Denkmalstürzern er-saufen«. Studenten schleppte Wissmann tags drauf in die Mensa und stellten ihn neben eine Info-Wandzeitung zur Prozessmobilisierung.

Die Prozesse gegen die angeklagten Denkmalstürzer zogen sich zwei Jahre lang hin. Sie wurden von Veranstaltungen wie der zur »Verwicklung Deutschlands in den Kolonialismus und Neokolonialismus und über die anhaltende Ausbeutung der Völker der Dritten Welt« begleitet. Da der kleine Gerichtssaal dem großen Interesse der etwa 200 Student/innen nicht angemessen erschien und das Gericht die Verlegung in einen größeren Saal ablehnte, gingen die Angeklagten nicht zum Gerichtsgebäude und ließen das Gericht durch ihre Rechtsanwälte Franz-Josef Degenhardt und Kurt Groenewold in die Uni laden. Damit war der erste Verhandlungstag geplatzt. Im überfüllten Audimax II veranstalteten sie ein Tribunal gegen die politische Strafjustiz, die Polizei, den Rektor und die Hochschulleitung wegen »Verhinderung der Öffentlichkeit von Verhandlungen«, »Verletzung der Autonomie der Universität« bzw. »Verherrlichung des Kolonialismus und Völkermordes«. Von 400 anwesenden Student/innen zogen etwa 50 Student/innen mit den Angeklagten zur Hochschulabteilung des Hamburger Senats und zum zweiten Bürgermeister und Schulsenator Wilhelm Drexelius, um ihn zur Rücknahme der Anzeige zu bewegen. Ihr Anliegen wurde abgelehnt, aber es wurde angedeutet, dass die Denkmäler nicht mehr an der Universität aufgestellt würden. Außerdem erstritten sie sich die Zusage, dass wegen des zweiten Denkmalsturzes keine Strafverfolgung veranlasst werde.

Da auch am zweiten Prozesstag die Verhandlung in dem kleinen Saal stattfinden sollte, kamen die Angeklagten erneut nicht ins Gericht. Aus Solidarität mit den Angeklagten legte ein Rechtsanwalt sein Mandat nieder und verließ den Saal. In Abwesenheit wurden die Denkmalstürzer wegen Hausfriedensbruch zu 300 DM Geldstrafe oder 30 Tagen Haft verurteilt. Strafmildernd berücksichtigte das Gericht, das von einer »längst bewältigten« Vergangenheit sprach, dass die Angeklagten als Überzeugungstäter gehandelt hätten. In der Berufungsverhandlung im März 1969 sprachen die Angeklagten ausführlich über die Gräueltaten der deutschen Kolonialsoldaten und den fortwirkenden Kolonialismus. Sie zitierten und kommentierten die jubelnden Berichte der Offiziere, die den Herero-Aufstand¹⁴ niedergeschlagen hatten und bezo-

14 Aufstand der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika (dem heutigen Namibia)

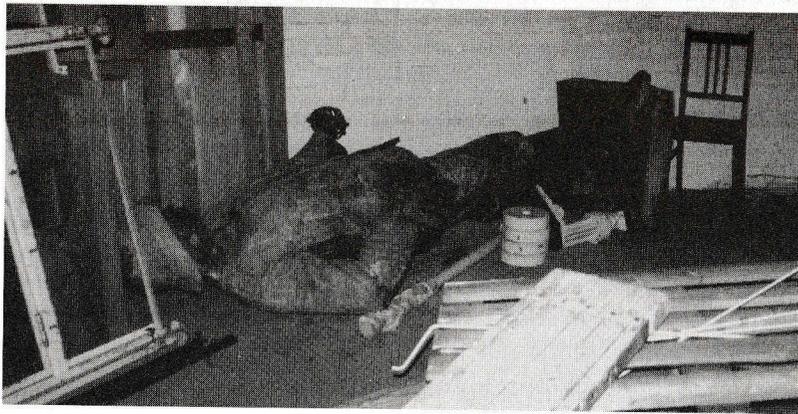
gen sich auf Frantz Fanon, Albert Memmi und Jean-Paul Sartre. Sie luden Historiker in den Zeugenstand, die über Wissmanns Taten und die deutschen Eroberungszüge durch Südwestafrika berichteten. Die Berufung wurde zwar verworfen, aber in einer Revisionsverhandlung hob das Oberlandesgericht das Urteil auf, weil die einen Hausfriedensbruch bedingende Aufforderung, den Garten vor der Universität zu verlassen, selbst vom Universitätsjuristen belacht worden war. Das Verfahren wurde an das Landgericht zurückverwiesen. Aufgrund der »Demonstranten-Amnestie« gingen die Denkmalstürzer letztlich straffrei aus.¹⁵

Die Universität gab nach dem wiederholten Denkmalsturz 1968 den Wiederaufbau auf und lagerte die beiden Figuren ein. Anfragen von »Traditionsverbänden« und Institutionen wie dem Hamburger Übersee-Club, die das Wissmann-Denkmal gerne wieder im öffentlichen Raum errichten würden,

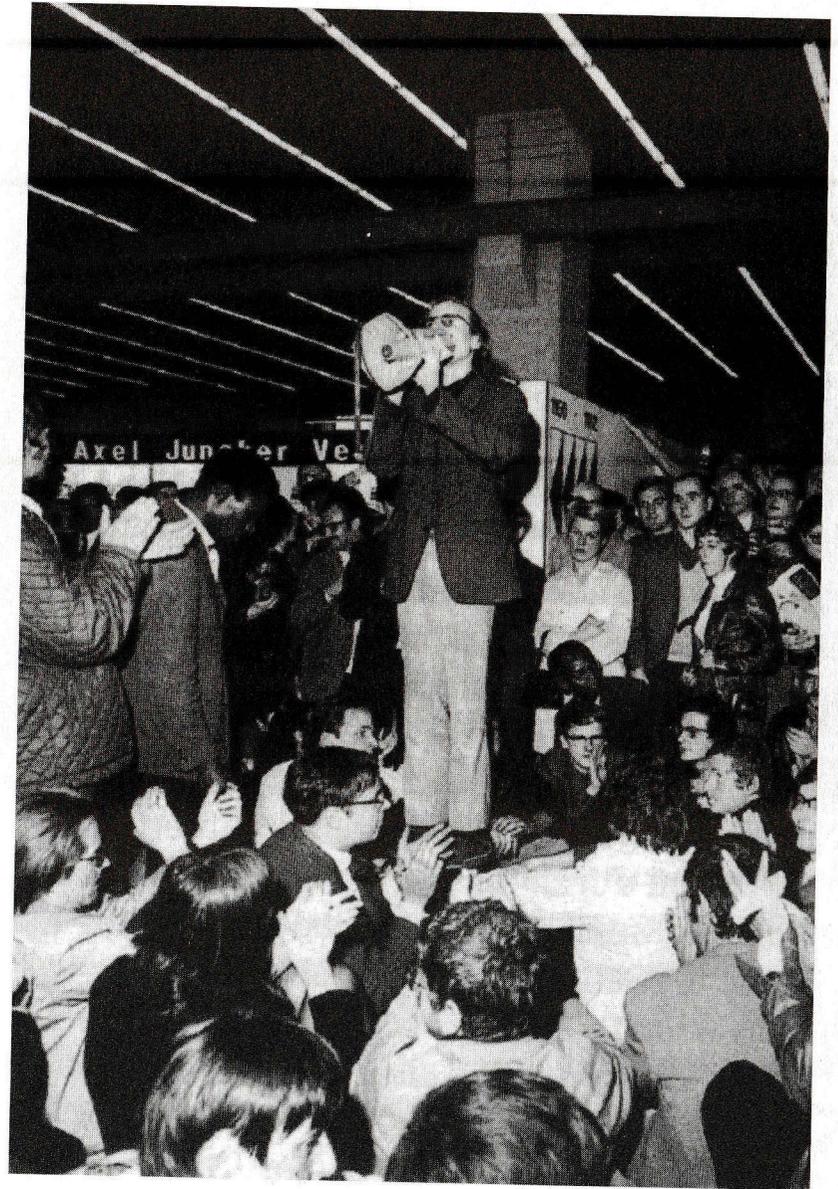
1904-1908 gegen die deutsche Kolonialherrschaft, die den Herero ihre Lebensgrundlagen nahm. Im Januar 1904 begann der Aufstand. Die deutsche Reichsregierung entsandte Verstärkungen der Schutztruppe – insgesamt etwa 15 000 Mann, denen es gelang, den Aufstand niederzuwerfen. Durch die Art der deutschen Kriegsführung, Krankheiten, Hunger und Durst starben Zehntausende Herero und Nama.

- 15 Die SPD/FDP-Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt erließ Anfang 1970 eine Amnestie für alle Demonstrationsdelikte, die ein Strafmaß von acht Monaten nicht überschritten. Gleichzeitig reformierte die sozialliberale Koalition das Strafrecht. Straftatbestände des Versammlungsrechts wurden ebenso wie die Aufforderung zum Ungehorsam, Beamtennötigung, Aufruhr und Landfriedensbruch entschärft. »Auf-lauf« (§116 StGB), also das Verharren in einer Menschenmenge trotz dreimaliger Aufforderung sich zu zerstreuen, wurde zur Ordnungswidrigkeit der »unerlaubten Ansammlung« (§ 113 OwiG) herabgestuft. Die Änderungen betrafen freilich nicht das Ausländerrecht, von dem die ausländischen Kommiliton/innen betroffen waren. Diese Regierungsmaßnahme war eine Rechtskorrekturamnestie und zugleich eine Befriedungsamnestie, die fast ausschließlich Straftaten von Student/innen und Jugendlichen betraf. Mit der Amnestie wurden in erster Linie die Führungszeugnisse der Jungakademiker/innen, die als künftige Elite unverzichtbar waren, gesäubert und ihnen der Weg in die bürgerliche Gesellschaft wiedereröffnet. Fritz Teufel polemisierte, die Amnestie diene Bürgersöhnen und nicht den weniger bekannten Leuten aus anderem Milieu, nicht den paar hundert Arbeitern und Lehrlingen, die einen Teil ihres Lebens in Anstalten verbringen mussten, nicht den diversen Bombenlegern, Brandstiftern, Bankräubern und Tresornackern. Sie war aber auch eine Reaktion darauf, dass die Linke mit zahlreichen Prozessen offensiv umging. Gerichtsverfahren wurden zu einem erfolgreichen politischen Handlungsfeld. Viele, vor allem alte, autoritäre Richter konnten damit nicht umgehen und machten sich zur Freude der Angeklagten und ihrer Genoss/innen lächerlich. In Zeitungen der Hamburger APO war der »Spielplan der Hamburger Justizbühnen« eine feste Rubrik. Bundesweit waren Gerichte mit einer Vielzahl von nervenaufreibenden Prozessen überlastet. Davon befreite sie die Amnestie.

wurden stets abschlägig beschieden. 1987 stellten Museumspädagogen Wissmann als Symbolfigur der Kolonialabenteurerromantik in der Ausstellung »Männersache – Bilder, Welten, Objekte« aus. Wissmann lag dort rücklings auf dem Boden. Erst der Künstlerin Jokinen gelang es im Oktober 2004, das Kolonialdenkmal an den Hamburger Landungsbrücken für 14 Monate aufstellen zu lassen. Als antikolonialen Protest wollte sie einen »Nachdenkmalraum« in Gedenken an die Kolonisierten, die unter der weißen Herrschaft leiden mussten, schaffen. Die nahezu unkommentierte Aufstellung des Kolonialdenkmals fand insbesondere in der radikalen Linken Kritiker/innen. Sie besprühten den bronzenen Wissmann in orangener Schrift mit »Kein Denkmal den Rassisten«. Inzwischen ist Wissmann wieder im Keller der Sternwarte Hamburg-Bergedorf eingelagert, wo ihm nun neben der roten Farbe von 1968 die orangene von 2005 anhaftet.



Wissmann im Keller der Sternwarte Hamburg-Bergedorf



Hans-Jürgen Krahl spricht 1968 auf der Frankfurter Buchmesse

Am Staudammprojekt Cabora Bassa ließ sich exemplarisch die Verstrickung der Regierung und deutscher Konzerne in die rassistische Kolonialpolitik verdeutlichen. Die Kampagne in Westeuropa und die Guerilla-Aktivitäten in der Provinz Tete erreichten große Publizität und verunsicherten die westdeutschen Firmen ebenso wie den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Als die Firmen 1971 um eine erneute Aufstockung der Hermes-Bürgschaften baten, kam die Bundesregierung dieser Bitte unter Verweis auf die Kampagne, die Berichte der liberalen Presse und die Proteste afrikanischer Staaten nicht nach. Man spekulierte schon über den »Rückzug der Firmen«, weil das Projekt finanziell uninteressant würde und vor Ort nur noch wenige Male in der Woche Straßentransporte von und nach Cabora Bassa möglich waren. Allerdings sprachen die Profit Chancen und portugiesische Zusagen für weitere Investitionen gegen einen Ausstieg und die beteiligten Konzerne erfüllten ihre Aufträge. Siemens wollte seine Hochspannungsgleichstrom-Übertragung erstmalig umsetzen, da das Unternehmen auch in China, Indien und Großbritannien solche Projekte plante. Es war ein »innovativer Durchbruch«, als der erste Strom von Cabora Bassa nach Südafrika floss, und die Firma wirbt bis heute auf ihrer Website damit.

1971 war der Zenith der Kampagne überschritten, allerdings demonstrierten die inzwischen gegründete K-Gruppe Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation (KPD/AO) 1972 am BBC-Werk in Mannheim-Käfertal und die KPD/AO-nahe Liga gegen Imperialismus im Oktober 1973 vor dem AEG-Firmensitz in Westberlin. Auf einer Betriebsversammlung war dem Betriebsrat das Mikrophon abgestellt worden, als er höhere Löhne für die Monteure in Mosambik fordern wollte und Cabora Bassa erwähnte. Die KPD/AO-Betriebszelle rief dazu auf, nicht als Monteur nach Mosambik zu gehen. Als sie Vorträge eines Ingenieurs ankündigte, der in Cabora Bassa gewesen war, mussten diese außerhalb des Werks stattfinden. Auch Siemens blieb nach der Cabora Bassa-Kampagne im Fadenkreuz der Bewegung. 1974 wurde von Dritte-Welt-Gruppen eine Siemens-Kampagne vorbereitet, die sich gegen Investitionen im südlichen Afrika richtete.

lung 1987, in der er provokativ an Vorstand und Aufsichtsrat appellierte, doch auch das im April 1991 anstehende 50-jährige Jubiläum des Werkes in Auschwitz vorzubereiten oder an die Lufthansa-Aktionärsversammlungen, auf denen Antirassist/innen das Abschiebengeschäft des Konzerns anprangerten.

Blohm+Voss: Deutsche Korvetten für Portugal

Im Zweiten Weltkrieg produzierte Blohm+Voss (B+V) Angriffs-U-Boote und setzte mehrere Tausend Häftlinge aus dem KZ Neuengamme zur Zwangsarbeit ein. Die britischen Alliierten besetzten im Mai 1945 das Werftgelände und ordneten die Demontage an. Wegen Verstößen gegen die Demontagebestimmungen wurden die Brüder Blohm und vier Direktoren von britischen Militärgerichten 1949 zu Geld- bzw. Haftstrafen verurteilt³². 1954 genehmigte das alliierte Sicherheitsamt die Wiederaufnahme des Schiffbaus und die Werft wurde mit einem Millionenkredit der Stadt Hamburg in Stand gesetzt. Bald darauf liefen wieder Kriegsschiffe, nun für die Bundeswehr, vom Stapel. Siemens übernahm im August 1967 für 20 Millionen DM ein Viertel des Aktienkapitals. Spätestens seit 1966 gab es Betriebszeitungen unter Mitwirkung der illegalen KPD, die die Arbeiter der »Knochenmühle B&V« gegen das Rüstungsgeschäft, den Vietnamkrieg, Neonazismus und den »sozialen Abbau« sowie für Ostermärsche agitierte. Die ersten Kriegsschiffe für den Export waren drei ab 1967 geplante, für Portugal bestimmte Korvetten. Die 84 Meter langen und zehn Meter breiten Kriegsschiffe sollten besonders schnell und wendig sein, einen geringen Tiefgang haben, einen Hubschrauberlandeplatz enthalten und mit je zwei Geschützen sowie Maschinenkanonen und Raketenwerfern bestückt sein. Teil des im April 1968 unterzeichneten Auftrags, dem die Bundesregierung die erforderlichen Genehmigungen erteilt hatte, war der Lizenznachbau dreier weiterer Korvetten auf der spanischen Werft Bazan. Im März, Juni und Juli 1969 liefen die Rohbauten der drei Schiffe bei B+V vom Stapel, ausgeliefert werden sollten sie im Januar, April und Juli 1970.

Die MPLA schrieb Anfang April 1969 an Geschäftsleitung und Betriebsrat von B+V, dass mit dem Bau der drei Kriegsschiffe eine Entscheidung zugunsten des portugiesischen Kolonialismus gefällt worden sei. Weil die Schiffe zur Vernichtung des angolanischen Volkes eingesetzt werden würden, seien »vitalste Interessen« des angolanischen Befreiungskampfes berührt. B+V wurde aufgefordert, den Bau einzustellen, andernfalls habe sich der Konzern »die freundschaftliche Gesinnung« der angolanischen Befreiungsbewegung verscherzt. Ein weiterer Brief der MPLA ging an die »Genossen Arbeiter und Angestellte der Firma Blohm & Voss«: »Das angolanische Volk und seine revolutionäre Organisation, die MPLA, haben das allen Völkern selbstverständ-

32 Anwalt der Angeklagten war Otto Zippel, der schon den *Jud Süß*-Regisseur Veit Harlan und die Hersteller des Giftgases Zyklon B verteidigt hatte.

**Hamburg:
Bombenleger
rief vorher
die Werft an**



Mehrere im Hafen
blieb am Kiosksort

KUKIDENT-HAFT-PULVER
für sicheren Halt
Ihrer Zahnprothese.
Wer es kennt – nimmt
Kukident

Noch 20 Minuten - dann fliegt das Schiff in die Luft!



Und dann knallte es

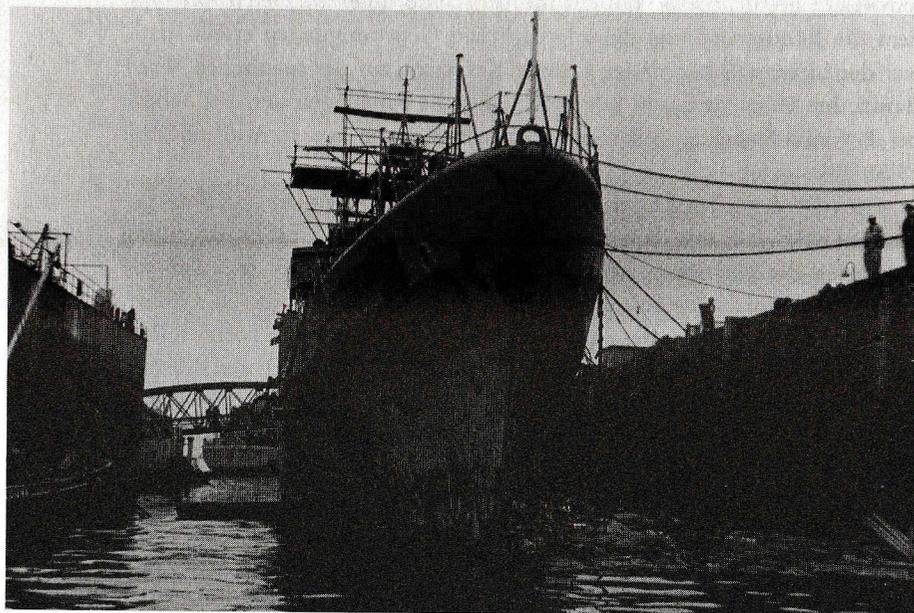
**Politisches Attentat: Schute versenkt –
Kriegsschiff nur leicht beschädigt**

„Ich darf Ihre Korvette befinden sich
in der Westdeutschen Werft Blohm + Voss, die am Auslieferungstermin
auf dem Wasserweg zum Einsatzort
„John Constantine“ werden sollte durchdringt.“

Ohne Zweifel, doch kurze Zeit später
knallte es heftigste. Der Sprengstoff war
in einer neben dem Kriegsschiff liegenden
Kammer verpackt. Die Schute, die die
Korvette zum Einsatzort bringen sollte,
sah dem Bericht auf Seite 2.

Titelseite (Ausschnitt) der *Bild* Hamburg vom 14. Oktober 1969

Die beschädigte Korvette am Ausrüstungskai von Blohm+Voss, 13. Oktober 1969



liche Interesse daran, mit Euch Kontakt zu pflegen. Aber niemals soll unser Kontakt durch Bomben oder anderes von Euch produziertes Kriegsmaterial hergestellt werden. Das gegen die koloniale Unterdrückung kämpfende angolische Volk sendet Euch die besten Grüße und offenbart die Hoffnung, dass Ihr es in seinem Befreiungskampf nicht hindert, sondern gemeinsam antretet für die Verwirklichung einer gemeinsamen Gesellschaft ohne Ausbeutung und in Freiheit«.

Ende April schrieb Amílcar Cabral: »Die Schiffswerft Blohm+Voss in Hamburg baut speziell für die portugiesische Kolonialregierung drei Fregatten. Sie sind mit Raketen ausgerüstet und haben einen Tiefgang von einem Meter, so dass sie zum militärischen Einsatz auf Flüssen geeignet sind. Diese Fregatten sind für den Völkermord im Kolonialkrieg gegen unser afrikanisches Volk bestimmt. [...] Mit den in Hamburg gebauten Kriegsschiffen [...] bekommt die portugiesische Regierung von der BRD jetzt ein wesentliches Werkzeug in die Hand, das den Terroraktionen gegen unsere Bevölkerung dient. [...] Somit richten wir an alle Kräfte, die in der BRD und in der übrigen Welt für Recht und Freiheit kämpfen, die dringende Aufforderung, der Kollaboration zwischen den Regierungen in Bonn und Lissabon auf politischer, militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Ebene durch wirksame Aktionen ein Ende zu setzen«. Auch im offenen Brief der FRELIMO an Brandt 1970 werden »die größten Kriegsschiffe, die in Westdeutschland seit dem letzten Weltkrieg gebaut wurden« erwähnt: »Sie kosteten 40 Millionen Dollar. Sie sind gedacht zum Einsatz in den Kolonien gegen unser Volk. Die westdeutsche Regierung wusste dies vor der Ablieferung an Portugal.«

Da Geschäftsleitung und Betriebsrat diese Protestnote wochenlang verheimlichten, veröffentlichte das Aktionskomitee zur Demokratisierung der Schiffswerften und Rüstungsfabrik Blohm+Voss den ihnen von einem Betriebsratsmitglied zugespielten Brief als Flugblatt. Es thematisierte auch die vom Betriebsrat abgesegnete fristlose Entlassung zweier Arbeiter/innen, die auf einer Betriebsversammlung Aufschluss über die Rüstungsproduktion verlangten hatten. Das Komitee rief für den 1. Mai 1969 zu einer Kundgebung im Audimax der Universität auf, bei der die Rüstungsproduktion bei B+V sowie »die BRD und Portugals Kolonien (und die neokolonialistischen Interessenverbände in Hamburg)« auf der Tagesordnung standen. Im April und Mai 1969 wurden die Arbeiter/innen in weiteren Flugblättern aufgefordert, Konsequenzen zu ziehen und ihre Einstellung zur Rüstungsproduktion zu überdenken. Diese »anti-imperialistische Agitation [...] in den Großbetrieben der Schwerindustrie, die [...] Rüstungsmaterial für die kolonialen und neokolonialen Regime herstellen«, sahen Linke als beispielhaft für andere Betriebe

und Städte. Im April 1969 berichtete auch *APO-Press*, die Hamburger Zeitung des SDS, von der Entlassung eines B+V-Arbeiters, der auf einer Betriebsversammlung nach dem Anteil der Rüstungsproduktion am Umsatz gefragt hatte. In der folgenden Ausgabe ging es um den Befreiungskampf in Angola, bundesdeutsche Kredite und Waffenlieferungen an Portugal, die Ausbeutung des angolanischen Eisenerzes durch Krupp und wieder um die drei Korvetten. Statt einer »romantisch sentimental Solidariät mit den Guerilleros« sollte die revolutionäre Situation auf die hochindustrialisierte Welt übertragen werden und zwar »nicht mehr gegen den US-Imperialismus [...], sondern gegen den BRD-Imperialismus, der greifbar ist in seiner spezifischen Form der ›Entwicklungshilfe‹ oder noch konkreter in den Firmen Krupp, AEG, Siemens [...], Blohm und Voss«. Als die Gattin eines portugiesischen Generals die erste Korvette am 2. Mai 1969 auf den Namen João Coutinho taufte, wurden neue Flugblätter in der Hamburger Innenstadt verteilt – das niederländische Angola-Komitee konnte inzwischen mit portugiesischen Zeitungsartikeln belegen, dass die Korvetten in den Kolonien eingesetzt werden sollten. In der zweiten Jahreshälfte 1969 wurden die drei Korvetten am Kai der B+V-Werft unter anderem von Siemens mit »Gun-Fire-Controlrooms« und der nötigen Elektronik ausgerüstet.

Am frühen Morgen des 13. Oktober 1969 teilte ein anonymes Anrufer der Polizei mit, dass die Korvette am Steinwerder Ausrüstungskai bald in die Luft fliegen werde. Ein zweiter Anruf bei der Werksfeuerwehr wenige Minuten später forderte: »Lassen Sie sofort die Korvette ›João Coutinho‹ räumen, wir sprengen das Schiff in die Luft«. 20 Minuten später, um 6 Uhr 32, explodierte ein Sprengsatz. Er war vermutlich in einer zwischen Kaimauer und Korvette liegenden Schute, einem kleinen, flachen Kahn, versteckt oder an der Außenwand des Kriegsschiffes befestigt worden. Eisenteile flogen bis zu 150 Meter weit in den Hafen, die Schute sank sofort. Am Bug der Korvette entstand in Wasserhöhe eine sichtbare Beschädigung. Personen wurden nicht verletzt. Das niederländische Angola-Komitee begrüßte kurz darauf den Anschlag: Durch ihn werde die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass die BRD Kriegsschiffe und Flugzeuge an Portugal zur Bekämpfung der Befreiungsbewegungen in den Kolonien liefere. Das Aktionskomitee verteilte an die Arbeiter/innen bei B+V Flugblätter, in denen der bisherige Verlauf der Proteste gegen den Bau der Korvetten, einschließlich des Anschlags, erläutert wurden.

Die Werft habe, so ihr Sprecher gegenüber dem *Hamburger Abendblatt*, schon »mehrere Drohbriefe« der angolanischen Befreiungsbewegung erhalten. Deswegen spekulierte die Polizei, dass Angehörige der angolanischen

Freiheitsbewegung an dem Anschlag beteiligt waren. *agit 883* behauptete, Werftarbeiter von B+V hätten die Sabotageaktion durchgeführt und ein Hamburger Aktivist schrieb Jahre später, dass die verantwortliche Gruppe aus Westdeutschen und Kämpfern der Befreiungsbewegungen zusammengesetzt gewesen sei. Wolff Geisler sprach auf der Siemens-Hauptversammlung von einem Sachschaden in Höhe von einer bis anderthalb Millionen DM, die *Arbeiter Zeitung* bezifferte ihn auf etwa zwei Millionen.

Als es Ende Juni 1970, acht Monate nach dem Anschlag auf die Korvette, wegen unzureichender Sicherheitsvorkehrungen zu einer Explosion auf einem anderen Kriegsschiff kam, die einen Toten und zwei Schwerverletzte zur Folge hatte, schrieb das Gewerkschaftliche Komitee zur Demokratisierung der Schiffswerft und Rüstungsfabrik Blohm+Voss: Diesmal seien die Attentäter bekannt. Es seien die Herren, die die Akkordzeiten so knapp ansetzten, dass sämtliche Unfallverhütungsvorschriften Makulatur seien. Sarkastisch stellte es fest, »dass es diesmal nicht so harmlos ablief wie letztes Mal und diese Attentäter nicht vorher anriefen und das Schiff räumen ließen«.

Die *Arbeiter Zeitung* für den Betrieb Blohm+Voss, die von späteren Gründungsmitgliedern des Kommunistischen Bund (damals noch KB-Nord) herausgegeben wurde, berichtete 1970 über den Sprengstoffanschlag und die ergebnislosen Ermittlungen der Polizei. (Ehemalige) Werftangehörige, die der IG Metall angehörten, seien verhört und verdächtigt, manche – so wie das Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum SALZ – sogar monatelang überwacht worden. Trotz einer ausgelobten Belohnung und dem Einsatz von Spitzeln wurden die Täter nie ermittelt.

Die João Coutinho wurde wegen des Anschlags erst mit achtmonatiger Verspätung an die portugiesische Marine übergeben. Das Schiff wurde zunächst in Angola eingesetzt, dann in Mosambik, wo es 1971 bei einer Kollision im Hafen von Beira schwer beschädigt wurde.³³

Bis 1975 gab es unzählige weitere Broschüren, Wandzeitungen, Fotoausstellungen, Plakate, Pressekonferenzen, Demonstrationen, Solidaritätswochen und Kongresse.³⁴ An den Unabhängigkeitsfeiern Mosambiks nahmen im Juni

33 Die spanische Werft Bazan baute nach den Plänen von Blohm+Voss bis 1975 vier weitere Kriegsschiffe für Portugal. Diese und die drei Korvetten von Blohm+Voss sind noch heute im Einsatz. Die João Coutinho geriet im November 2002 noch mal in die Schlagzeilen, als der Öltanker Prestige vor Spaniens Küste havarierte. Die portugiesische Korvette verhinderte, dass die Prestige einen Hafen anlaufen konnte. Der Öltanker sank in der Folge und verursachte eine der größten Umweltkatastrophen in der Geschichte der Seefahrt.

34 Nach Guinea-Bissau (1973) erhielten 1975 die übrigen großen Kolonien ihre Unab-

1975 die beiden AGM-Komitee-Mitglieder Christa Brandt und Wolff Geisler als einzige Gäste aus der BRD teil. Während der Botschafter der DDR sprechen konnte, war die Bundesregierung ausdrücklich nicht willkommen.³⁵

Nach der Unabhängigkeit

Einige unabhängige Länder wurden sozialistische Staaten mit Einparteiensystem (São Tomé und Príncipe sowie Mosambik), in manchen kam es in der Folgezeit zu Putschen (Guinea-Bissau, São Tomé und Príncipe) und Bürgerkriegen (Angola, Mosambik), die zwar vom Apartheidstaat Südafrika angefacht wurden, aber durch interne Ursachen und Verursacher hatten. Cabora Bassa wurde fertig gestellt und nicht verstaatlicht. Aktivist/innen aus der Cabora Bassa-Kampagne resümierten 1976: »Wenn FRELIMO immer wieder erklärt, dass die übernommenen kolonialen Realitäten sich nicht von einem Tag auf den anderen ändern lassen, so muss man Cabora Bassa als eines der größten Probleme ansehen. Der Staudamm ist immer noch ein Fremdkörper in Mosambik, dessen Nutzen für das mosambikanische Volk gering ist«.

Die mit der Unabhängigkeit aufkeimende Hoffnung, dass die Länder sich nun auch von neokolonialen Verhältnissen befreien könnten, war schnell verfliegen. Ihre Unabhängigkeit schuf allerdings – bzw. lediglich – Verhältnisse, in denen für alle Einwohner/innen formal gleiche Rechte galten. Ernüchert schrieb die *Blätter des iz3w*-Redaktion 1978: »Unsere Hoffnung, dass sie dort freie Gesellschaften ohne Ausbeutung und Entfremdung aufbauen würden, ist bisher nicht in Erfüllung gegangen. Vietnam und Kampuchea führen heute Krieg gegeneinander, unter dessen Brutalität ihre Bevölkerung zu leiden hat. Die MPLA-Regierung ist dabei, die Souveränität Angolas stückweise an die UdSSR zu verkaufen. Und in Guinea-Bissau treibt die PAIGC Tourismus- und Industrialisierungsprojekte voran, die den hohen Parteifunktionären und Firmen aus Skandinavien und Italien nützen, aber nicht dem Volk. Unsere Solidarität wird deshalb von Zweifeln geplagt, die wir höchst

hängigkeit: Mosambik im Juni, die Kap Verden im Juli, Angola im November 1975. Osttimor, wo die Frente Revolucionaria de Timor Leste Independente (FRETILIN) gekämpft hatte, wurde nach dem Abzug der Portugiesen von Indonesien besetzt und erst 2002 unabhängig. 1999 gab Portugal seine letzte kleine Kolonie Macao an China zurück.

- 35 Die Volksrepublik Mosambik und die DDR schlossen 1980 eine Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit. Dieser Vertrag führte Tausende DDR-Bürger/innen nach Mosambik und Zehntausende Mosambikaner/innen in die DDR. »Vertragsarbeiter« aus Mosambik, auch aus Vietnam, lebten in dem Wohnheim in Hoyerswerda, das 1991 von einem rassistischen Pöbel angegriffen wurde.

ungern eingestehen. [...] Die Hoffnung, die wir auf sie setzten, war unrealistisch, weil wir die Menschen in Indochina und den portugiesischen Kolonien darin zu Erfüllungsgehilfen unserer eigenen Sehnsucht nach Befreiung gemacht haben«. Über Mosambik gab es 1975 im *Informationsdienst Südliches Afrika* und 1978 in den *Blättern des iz3w* noch Reiseberichte über den beschwerlichen Aufbau des Landes. Die Auswanderung qualifizierter portugiesischer Arbeiter bedrohte die Ökonomie und fehlendes Saatgut und Werkzeuge, um die zerstörten Felder neu zu bestellen, führten zu ersten Hungersnöten. 1997 wurde Mosambik von der UN zum ärmsten Land der Erde erklärt.

Viele Gruppen arbeiteten weiter zu Simbabwe-Rhodesien und Namibia, die 1980 bzw. 1990 unabhängig wurden. Größere Kampagnen liefen bis zur Abschaffung der Apartheid in den 1990er Jahren noch zu Südafrika. Aber insgesamt verloren die unabhängig gewordenen Länder innerhalb der bundesdeutschen Internationalismusbewegung sehr stark an Bedeutung.



Karikatur aus *Mozambique Revolution*, Juli-September 1973